

## KEINE GLEICHSTELLUNG MIT DER EHE

**Die Delegierten der EVP der Schweiz haben in Olten ein Nein zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft beschlossen. Eine Resolution zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz wurde an den Zentralvorstand zur Überarbeitung zurückgewiesen.**

VON NIKLAUS HARI

Im Hinblick auf den bevorstehenden Abstimmungskampf hat die EVP der Schweiz die Parolenfassung zum voraussichtlich am 5. Juni zur Abstimmung gelangenden Partnerschaftsgesetz vorgezogen. Nationalrätin Barbara Marty Kälin

pellierte an die christliche Nächstenliebe der EVP. In Vertretung des erkrankten Parteipräsidenten Ruedi Aeschbacher entgegnete EVP-Nationalrat Heiner Studer, ein Nein zum Partnerschaftsgesetz bedeute keinesfalls eine Diskriminierung gleichgeschlechtlich empfindender Menschen. Die EVP wolle im Gegenteil die Ehe und Familie privilegieren als

Möglichkeit der eingetragenen Partnerschaft Gebrauch machen wird, zeige, dass es weniger um die Regelung von gegenseitigem Besuchsrecht und ähnlichem gehe, sondern vielmehr um die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Diese Gleichstellung mit der Ehe trägt die EVP nicht mit: die Delegierten haben mit 91 zu 36 Stimmen die Nein-Parole beschlossen, ein Antrag auf Stimmfreigabe wurde klar abgelehnt.

Anschliessend erläuterte Islamexperte Dr. theol. Andreas Maurer, EVP-Mitglied aus Rütli ZH, die Grundlagen des Islam und was ihn vom Christentum trennt. Er ermutigte die anwesenden Delegierten, mit einem offenen Herzen auf Muslime in der Schweiz zuzugehen, sich Zeit zu nehmen für sie und bei Gelegenheit Rückfragen zu stellen: Bringe man einen Muslim zum Nachdenken, habe man schon sehr viel erreicht. Anlässlich der im Dezember aufgeflackerten Islamdiskussion hatte das Generalsekretariat eine Resolution zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz vorbereitet, sie wurde von den Delegierten allerdings zur Überarbeitung an den Zentralvorstand zurückgewiesen. Die vielen Rückmeldungen seit der Delegiertenversammlung zeigen aber, dass eine Stellungnahme der EVP zu diesem Thema klar erwartet wird.



*EVP-Nationalrat Heiner Studer legt seine Gründe gegen das Partnerschaftsgesetz dar, Barbara Marty Kälin (SP) hört aufmerksam zu.*

(SP, Bertschikon ZH) warb an der 1. ausserordentlichen Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz in Olten für ein Ja zur Vorlage: sie ap-

jene Lebensform, die den Fortbestand der Gesellschaft garantiere. Der Umstand, dass nur ein sehr kleiner Teil der Betroffenen von der

### KOMMENTAR

#### Seebeben in Asien

*Seit Tagen berichten die Medien über das tragische Seebeben in Südostasien. Die Solidarität mit den Opfern ist weltumspannend und religionsübergreifend. Rekordsummen wurden gespendet. Und wie immer bei solchen Katastrophen beginnt sofort die Suche nach Erklärungen, Ursachen und gleich auch nach Massnahmen zur künftigen Verhinderung solcher Ereignisse. Diese Reaktion ist typisch menschlich. Schliesslich meinen wir alles unter Kontrolle zu haben. Wenn wir dann an die Grenzen des Machbaren stossen, wird plötzlich auf einer übermenschlichen Ebene nach Antworten gesucht. Ansonsten völlig ungläubige Menschen bringen auf einmal Gott ins Spiel. «Warum, Gott?» titelten einige Zeitungen. Die Tochter des bekannten Predigers Billy Graham hat in einer Talkshow auf diese Frage eine treffende Antwort gegeben: «Seit Jahren sagen wir Gott, er soll aus unseren Schulen, unserer Regierung und aus unserem Leben verschwinden. Als Gentleman hat er sich still zurückgezogen. Wie können wir von Gott Segnung und Schutz erwarten, wenn wir darauf bestehen, dass er uns alleine lässt?» Als christliche Partei haben wir deshalb einen klaren Auftrag: Gott gehört zurück in unser Leben, und zwar in alle Bereiche - auch in die Politik.*

*Joel Blunier, Generalsekretär EVP*

**Verletzlich**

*Wie verletzlich der Mensch doch ist. Am eigenen Leib habe ich es nach den Festtagen erfahren: eine innere, sehr schmerzhafte Entzündung - und schon lag ich buchstäblich flach und konnte es kaum erwarten, ins nächstgelegene Spital eingeliefert zu werden.*

*Auch die Menschheit als Ganzes ist verletzlich. Mehr als wir geglaubt haben, wie die Flutkatastrophe zeigt. Noch verletzlicher durch die rücksichtslose, weiträumige Abholzung und Überbauung der Küstenregionen.*

*Ermutigend ist die Riesenwelle der weltweiten Anteilnahme und Solidarität. Doch sie lässt auch Fragen zurück, diese Solidarität: Warum ist sie so gross gerade hier? Wegen dem Ausmass der Verwüstung? Wegen der riesigen Opferzahlen? Oder etwa weil nicht «nur» fremde, unbekannte Menschen in einem fernen Land starben, sondern auch Tausende von Europäern und ein mehrfaches Hundert eigener Landsleute?*

*Noch grössere Katastrophen dagegen gehen an unserer Gesellschaft vorbei, fast ohne Emotionen und Reaktionen: beispielsweise die Völkermorde in Ruanda oder in Darfur, das tägliche vieltausendfache Kindersterben in Afrika.*

*Haben wir so viel Hornhaut auf unserer Seele, dass uns stille Not und Leiden, auf welche nicht dauernd die medialen Schweinwerfer zünden, nicht mehr bewegen? Braucht es tage- und wochenlang die Schreckensbilder in unseren warmen Stuben, bis wir wirksam und beherzt helfen? Hoffentlich nicht! Meine Extraspende jedenfalls geht nicht nach Asien, sondern an ein Kinderhilfswerk in Afrika.*



Ruedi Aeschbacher  
Präsident EVP der Schweiz

**«Warum braucht es Einheit unter uns Christen? Weil Jesus uns den entsprechenden Auftrag gegeben hat.»**

Ulrich Eggers, Chefredaktor von «Aufatmen» und «Family», am 30. Dezember 2004 an der EXPLO 04 in Basel.

**«Für den politischen Umgang mit dem Islam passt kaum ein Bibelwort besser als die Stelle im 2. Timotheus 1,7: Gott hat uns nicht den Geist der Furcht, sondern der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit gegeben.»**

Dominic Roser, Vorstandsmitglied der \*jev, in seiner Reaktion auf die an der DV in Olten vorgelegte Resolution zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz.

**«Die drei EVP-Vertreter in diesem Rat sind keine Euro-Turbos. Wir gehören aber schon gar nicht zu denen, die meinen, alles Unheil komme aus Brüssel, wie man uns immer wieder weismachen will.»**

Heiner Studer, am 6. Dezember 2004 im Nationalrat, während der Eintretensdebatte über die Bilateralen Verträge II.

PAROLEN DER EVP

gefasst am 8. Januar in Olten  
von der Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz

**Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz)**

**NEIN**

INHALT

<b>Interview mit Walter Dürr: EVP als Übersetzerin zwischen Kirche und Welt</b>	<b>3</b>
<b>Abstimmungsvorlage: Argumente gegen das Partnerschaftsgesetz</b>	<b>4</b>
<b>Aktuelle Diskussion: Zum Umgang mit dem Islam in der Schweiz</b>	<b>5</b>
<b>Aus dem Bundeshaus: Zahlreiche Vorstösse der drei EVP-Vertreter</b>	<b>6</b>
<b>Aus den Kantonen: Der Berner Wahlherbst</b>	<b>7</b>

# REFORMATION SCHWEIZ

Walter Dürr ist der Ansicht, dass die Schweiz eine kulturelle und geistige Erneuerung nötig habe. Diese «Reformation» müsse in der Kirche beginnen, denn der Glaube dürfe nicht mehr länger ins Private verdrängt werden.



Katharina und Walter Dürr hoffen auf eine Erneuerung der Schweiz.

Von Niklaus Hari

Walter Dürr, Sie sind Gemeindeleiter in der Landeskirchlichen Gemeinschaft Jahu in Biel, einer eigenständigen Laiengemeinschaft innerhalb der evangelisch-reformierten Landeskirche. Das Reich Gottes ist für Sie ein Schlüsselthema.

Jesus trägt uns in Matthäus 6,33 auf: «Trachtet aber zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit!» Deshalb ringen wir seit Jahren um ein klareres Verständnis vom Reich Gottes.

Mit welchem Ergebnis?

Im Zentrum steht der dreieinige Gott, der sich uns als Vater, Sohn und Heiliger Geist offenbart. Mit der Beschreibung von drei Herrschaftsbereichen versuchen wir das Reich Gottes besser zu verstehen: Die «Länge» von Gottes Herrschaft bedeutet, dass Gott Herr ist über die Geschichte und die Generationen. Mit der «Breite» drücken wir aus, dass Gott über alle Lebensbereiche und somit über alle Aspekte des Lebens Herr ist. Unter der «Tiefe» verstehen wir schliesslich, dass Gott durch Jesus Christus eine umfassende Versöhnung geschaffen hat.

Dabei erleben auch wir die Spannung vom «Schon da» und dem «Noch nicht erfüllt» der Gottesherrschaft.

Das Reich Gottes bedeutet also auch die Gottesherrschaft auf der Erde?

Im Unser Vater beten wir: Dein Reich komme, wie im Himmel - dort ist alles in Ordnung - so auf Erden - hier unten muss also nach Jesus das Reich Gottes zum Durchbruch kommen. Die Erde ist nicht bloss Durchgangsstation, wir dürfen uns nicht auf eine Jenseitssehnsucht versteifen. Vielmehr müssen wir immer wieder schauen, wie unser Glaube das Hier und Jetzt gestalten kann. Dies immer im Bewusstsein, dass wir das Reich Gottes nicht «machen» können. Vielmehr wollen wir bei allem menschlichen Einsatz auf der Erde immer in der oben beschriebenen Spannung leben.

Wo muss das Reich Gottes durchbrechen, wo benötigt die Schweiz Reformation, wie es in der Vision des Instituts für biblische Reformen in Biel heisst, dessen Mitbegründer und Präsident Sie sind?

Nicht nur die Schweiz, die ganze westliche Kultur benötigt eine Reformation im Sinne einer ideellen

und geistigen Erneuerung. Diese beginnt im Herzen jedes Einzelnen und zieht dann in Familie, Kirche und Gesellschaft weitere Kreise.

Sie sind der Ansicht, diesen Erneuerungsbedarf gebe es seit der Moderne.

Mit der Moderne beginnt eine Kultur der Kritik: alles wird hinterfragt, zuerst die Kirche und die Bibel, dann generell alle Autoritäten und Werte, schliesslich die Vernunft selber. Damit kommt es zum Umbruch in die Postmoderne: Nun bedeutet Pluralismus, dass es gar keine absolute Wahrheit mehr geben kann, Kritik und Vernunft schaffen sich selber ab.

Wir benötigen heute also dringend eine «Post-kritische Philosophie», in welcher das Verhältnis von Vertrauen und Kritik neu bedacht und geordnet wird. Wir müssen uns einen Vertrauensrahmen erarbeiten, der dann nicht mehr ständig hinterfragbar ist. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist, dass wir Christen mit der Moderne der Irrlehre aufgesprungen sind, welche den Glauben zunehmend ins Private verdrängt hat. Das muss sich ändern: wir Christen dürfen uns nicht länger aus der Öffentlichkeit zurückziehen, wir müssen wieder eine christliche Weltanschauung entwickeln und vertreten. Wir Christen müssen wieder neu den Glauben als Gesamtorientierung des Lebens in den öffentlichen Dialog einbringen.

Dieser Rückzug hat zu tun mit der Spannung zwischen Sammlung und Sendung, die Sie in ihrer kürzlich erschienenen Dissertation ansprechen.

Menschen halten Spannung generell nicht gerne aus. Also konzentrieren sie sich lieber nur auf eine Seite. Die einen betonen deshalb nur die Sammlung unter Jesus, wie wir es bei manchen Freikirchen beobachten. Für andere konkretisiert sich das Reich Gottes primär als Sendung oder das Wirken in der Welt, das ist tendenziell eher bei «Grosskirchen» zu beobachten. Doch zum Leben gehört beides. Gott sagte zu Abraham: Ich will Dich segnen und Du sollst zum Segen werden. Es geht also immer darum, als Christ die Spannung zwischen Sammlung und Sendung auszuhalten.

Stichwort Pluralismus: unsere Gesellschaft wird durch den Zwang zur Multikulturalität herausgefordert, wie die Diskussion rund um den Islam zeigt.

Die Notwendigkeit einer kulturellen Erneuerung besteht unabhängig von den Herausforderungen des Islam, wird aber durch sie noch akzentuiert. Wir glauben doch nicht im Ernst, dem Islam mit amerikanischen Bomben und westlicher Konsumwut begegnen zu können. Was wir brauchen, ist eine geistliche Antwort auf den Islam: Wir müssen unsere Selbstsäkularisierung überwinden, uns das biblisch-christliche Fundament neu erarbeiten und dann diese Werte überzeugend leben. Nur so wird das Christentum wieder eine missionarische Wirkung entwickeln können.

Dabei kann die EVP Übersetzungsarbeit in beide Richtungen leisten und zwischen Christen und der Gesellschaft vermitteln.

## Walter Dürr

Alter: 46 Jahre  
 Zivilstand: verheiratet mit Katharina, drei Buben  
 Beruf: vollzeitlicher Gemeindeleiter in der Landeskirchlichen Gemeinschaft Jahu in Biel, Präsident des Instituts für Biblische Reformen  
 Kirche: Landeskirchliche Gemeinschaft Jahu  
 Hobbies: «Meine drei Teenager, Sport allgemein, Skifahren, etwas Karate.»

## Ruferin in der Wüste

Einmal mehr «haushoch» verloren. Wer sich (wie ich selber) gegen das Stammzelengesetz eingesetzt hatte, zählt klar zu den Verlierern der Abstimmung vom 28. November 04. Nieder geschlagenheit und Resignation machen sich breit in meinem Herzen. Lohnt sich politisches Engagement «gegen den Trend»? Es erfordert Einiges an Ausdauer und Widerstandskraft, persönliche Überzeugungen nicht der gängigen Meinung anzupassen. Auszuhalten, dass wir als Christen oft unterschiedliche Positionen vertreten, fällt mir schwer.

Woher nehme ich die Kraft, weiterzumachen? Das Bild vom «Rufer in der Wüste» (Jesaja 40,3) drängt sich in meine Gedanken. Dem HERRN einen Weg bereiten – mitten in der Wüste, an unwirtlichen Orten, im öden Land. Wegbereiter sein für IHN, der auf einem geliehenen Esel Einzug hält, der darauf verzichtet, sich mit Gewalt Einlass zu verschaffen. Gassen bahnen für diesen König, der nicht in gängige Normen passt und sich nicht vereinnahmen lässt. Der nicht tolerant, sondern barmherzig ist und genau damit die tiefsten menschlichen Sehnsüchte stillt. Nicht der Erfolg, SEIN Auftrag ist die Triebfeder unseres Seins und Handelns. Nicht der Applaus der Massen, SEIN Appell, SEINE unbedingte Menschenfreundlichkeit spornen uns an. Mitten in der Schweiz schauen wir Plätze und Ecken für IHN frei. Und nicht zuletzt im eigenen Herzen. Es ist wie beim Seilziehen. Es gilt, immer wieder loszulassen und nachzufassen. Das Reich Gottes ist da – es ist «im Kommen» – mitten unter uns.

Regula Lehmann, Communitymitglied der Communauté «Don Camillo», Montmirail



## EHE EIN SONDERRECHT

Die EVP lehnt das neue Partnerschaftsgesetz ab und hat an der DV in Olten die Nein-Parole beschlossen. Heiner Studer erklärt weshalb.

VON HEINER STUDER,  
NATIONALRAT

Die EVP hat im letzten Sommer gemeinsam mit der EDU und weiteren Organisationen erfolgreich das Referendum gegen das neue Partnerschaftsgesetz (PartG) ergriffen. Davon unabhängig hatte die Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz am 8. Januar in Olten die Gelegenheit, die Position der Partei in dieser Frage zu klären: um im bevorstehenden Abstimmungskampf um die wahrscheinlich am 5. Juni an die Urne gelangende Vorlage einen Entscheid der Parteibasis im Rücken zu haben, wurde die Parolenfassung entsprechend vorgezogen. Hinter dem Entscheid gegen das neue Partnerschaftsgesetz mit 91 zu 36 Stimmen stehen die folgenden Gründe.

## Partnerschaftsgesetz unnötig

Heute können alle Menschen frei entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen: der Gesetzgeber setzt keine Hindernisse mehr, wie er es beispielsweise im Kanton Zürich mit dem Konkubinatsverbot lange getan hatte. Das ist auch richtig so und wird von der EVP mitgetragen. Auch gleichgeschlechtlich empfindende Menschen müssen Angelegenheiten ihres täglichen Lebens wie beispielsweise das gegenseitige



Mutter mit Kind: Eine Fahrt ins Ungewisse ohne Unterstützung.

Besuchsrecht im Spital regeln können. Aber dazu braucht es keinen neuen Zivilstand «in eingetragener Partnerschaft» wie er durch das neue Gesetz geschaffen werden soll. Erbrecht sowie Vertretungs- und Besuchsmöglichkeiten lassen sich problemlos mittels privatrechtlicher Verträge organisieren: einzig der Zugang zu den Sozialversicherungen (beispielsweise Witwenrenten) wäre erst mit dem Partnerschaftsgesetz möglich.

## Gesetz ist ungerecht

Mit dem Partnerschaftsgesetz werden neue Ungerechtigkeiten geschaffen. Die Beziehung zur nächsten Bezugsperson ist nämlich keinesfalls immer sexueller Art. Denken wir an Betagte im Spital oder ledige Frauen und Männer jeglichen Alters: auch sie müssen beispielsweise ihre Vertretungsmöglichkeiten anderweitig organisieren. Dabei sähen sie vielleicht ganz gerne eine Ehepartnerin oder einen Ehepartner in dieser Rolle: nicht alle, die allein leben, tun dies aus freiem Wunsch.

## Keine Diskriminierung

Daraus folgt gleichzeitig, dass es sich beim Nein zum Partnerschaftsgesetz unmöglich um eine Diskriminierung gleichgeschlechtlich fühlender Menschen handeln kann, wie den Referendumspartnern häufig vorgeworfen wird. Es ist ja nicht so, dass die Ehe der Normalzustand wäre, der nun den Schwulen und Lesben verwehrt würde. Aus unserem biblischen Verständnis heraus privilegieren wir die Ehe gegenüber anderen Lebensformen. Weil sie den Fortbestand unserer Gesellschaft sichert. Weil wir glauben, dass unsere Kinder am besten mit einer Mutter und einem Vater aufwachsen. Deshalb fördern wir die Ehe. Alle anderen Menschen haben die freie Wahl. Wir verhindern ihre Lebensformen nicht, aber wir fördern sie auch nicht.

## Falsches Signal

Die befürwortenden Verbände selber geben zu, dass nur eine kleine Minderheit der gleichgeschlechtlich empfindenden Menschen von der Möglichkeit der eingetragenen Partnerschaft Gebrauch machen wird. Das zeigt doch, dass es vielen Befürwortern nur am Rande um die Fakten wie gegenseitiges Besuchs- oder Erbrecht gehen kann. Vielmehr geht es um die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften: Ziel ist die Gleichstellung mit der Ehe. Auch wenn dieses Gesetz den gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption verwehrt, so wird diese Forderung zweifelsohne wieder zum Thema werden.

## Vorlage im Detail

(nh). Das eigentliche Partnerschaftsgesetz ist bloss acht Seiten stark, die restlichen dreissig der unter <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2004/3137.pdf> einsehbar Vorlage betreffen Änderungen anderer Erlasse: allein auf Bundesebene sind über dreissig Gesetze betroffen. Mit dem PartG wird ein neuer Zivilstand «in eingetragener Partnerschaft» geschaffen, welcher mit der Ehe unvereinbar ist und von zwei Personen gleichen Geschlechts, die nicht miteinander verwandt sein dürfen, eingegangen werden kann. Neben der gegenseitigen Unterhaltspflicht und Bestimmungen, welche die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft regeln, enthält das Gesetz vor allem Bestimmungen, welche die in eingetragener Partnerschaft lebenden Individuen vor der Ausnutzung durch den Partner schützen sollen. Zur Adoption sowie Verfahren der Fortpflanzungsmedizin sind Personen in eingetragener Partnerschaft explizit nicht zugelassen.

# DEM ISLAM BEGEGNEN

Wie stellt sich die EVP in der aktuellen Islamdiskussion? Mit seinem Referat an der DV in Olten sorgte Andreas Maurer für die nötigen Hintergrundinformationen.

VON NIKLAUS HARI

Im November des vergangenen Jahres flackerte im Anschluss an die Ermordung des holländischen Filmmachers Theo van Gogh in ganz Europa eine alte Diskussion neu auf: Wie haben wir mit dem Islam umzugehen? Ist der Islam eine Bedrohung oder eine Herausforderung? Eine Frage, zu der auch die EVP Stellung zu nehmen hat.

Dr. theol. Andreas Maurer (EVP, Rütli ZH) meinte dazu in seinem Referat vor der Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz in Olten: «Der Islam ist keine Bedrohung, sondern eine Chance und Herausforderung. Würde jeder Christ in

der Schweiz sein Christsein aktiv ausleben, der Islam hätte wenig Chancen.»

## Politische Unterschiede

Dennoch gibt es unterschiedliche Wertvorstellungen, bei denen ein Konsens nur schwer möglich ist. So verträgt sich die islamische Scharia schlecht mit schweizerischen Rechtsvorstellungen: Beispielsweise zählt die Zeugenaussage einer Frau vor Gericht nur halb so viel wie jene eines Mannes. Auch die in der Verfassung verankerte Religionsfreiheit wird im Islam laut Maurer anders verstanden: Alle haben die Freiheit, zum Islam zu kommen. Wer sich hingegen vom Islam abwendet, muss streng genommen

nach drei Tagen Bedenkzeit umgebracht werden, hat aber mindestens mit dem Ausschluss aus seiner Familie zu rechnen.

Diese Unvereinbarkeiten dürfen nicht wegdiskutiert werden, wie sich Bassam Tibi, arabischstämmiger Politologe, im Tages Anzeiger vom Freitag, dem 3. Dezember sorgt: «Im Augenblick ist es doch so: Wer die Scharia als nicht menschenrechtskonform kritisiert, dem wird vorgeworfen, das Feindbild Islam zu stilisieren oder sogar rassistisch zu sein. Dieses Spiel dürfen die Europäer nicht mehr mitmachen.» Alles andere erinnert an das Verhalten Biedermanns gegenüber den Brandstiftern im gleichnamigen Drama von Dürrenmatt.

## Unterschiede im Glauben

Neben den unterschiedlichen Rechtsvorstellungen sind auch in religiösen Fragen unterschiedliche Auffassungen zu beobachten. So stellt sich immer wieder die Frage, ob die Muslime an den selben Gott wie wir Christen glauben. Zunächst ist festzuhalten, dass «Allah» ein vorislamisches Wort ist, welches mit Gott übersetzt werden kann. Ein anderes Wort für «Gott» existiert



Andreas Maurer mit seinem Buch «Basiswissen Islam».

## Grundzüge des Islam

(nh). Mohammed, der Begründer des Islam, wird im Jahr 570 nach Christus geboren. Als er 610 n. Chr. seine erste «Offenbarung» hat, glaubt er diese von bösen Geistern erhalten zu haben. Erst seine Angehörigen überzeugen ihn davon, ein von Gott auserwählter Prophet zu sein. Die Flucht Mohammeds im Jahr 622 n. Chr. nach Medina gilt als Geburtsstunde des Islam. Bis zu seinem Tod 632 n. Chr. wird Mohammed ein reicher Mann.

Der heute im Volk gelebte Islam vereinigt Elemente von den vier Hauptrichtungen: dem fundamentalistischen Ur-Islam, dem orthodoxen Islam der Sunniten, dem Sekten-Islam der Schiiten, Aleviten und anderer, sowie dem mystischen Islam der Sufis.

Nach dem Islam hat Allah den Menschen seine Gebote durch 104 heilige Bücher offenbart, von denen nur noch vier vorhanden seien: die fünf Bücher Mose, die Psalmen, das Neue Testament und der Koran. Weil die Juden und Christen ihre eigenen Schriften verändert und entstellt hätten, habe Allah der Menschheit den Koran als abschliessende Offenbarung gesandt. Zu diesem Vorwurf schreibt Sookhdeo (2001: 35): «Die angeblichen Textveränderungen lassen sich leicht als substanzlos entlarven, weil man vollständige Manuskripte des griechischen Neuen Testaments besitzt, die zum Teil 200 Jahre älter sind als Mohammed. Sie belegen den Text der heutigen Ausgabe und nicht die Varianten des Korans.»

Der Koran, knapp so umfangreich wie das Neue Testament, enthält 114 Kapitel (Suren), die nicht etwa chronologisch, sondern der Länge nach geordnet sind. Streng genommen darf er nicht aus dem Arabischen übersetzt werden. Der Koran leugnet die Dreieinigkeit, die Gottessohnschaft von Jesus und schliesslich seine Kreuzigung.

Die islamische Lehre beruft sich nicht nur auf den Koran, sondern auch auf die gesammelten Überlieferungen der Worte und Taten Mohammeds, der sogenannten Hadith. Machen in einer bestimmten Sache weder der Koran noch die Hadith eine Aussage, einigen sich die religiösen Führer auf eine Regel (Idschma) oder sie wird durch einen Analogieschluss (Qijas) hergeleitet. Auf der Grundlage von Koran, Hadith, Idschma und Qijas wurde von islamischen Gelehrten ein grosses Werk von einzelnen Regeln und Vorschriften verfasst: die Scharia, das islamische Gesetz.

### Buchtipps:

Maurer, Andreas (2002): Basiswissen Islam. Und wie Christen Muslimen begegnen können. Hänslers Verlag, Holzgerlingen.

Sookhdeo, Patrick (2001): Der Islam aus christlicher Sicht. Ein kleiner Wegweiser durch die Welt der Muslime. Brunnen Verlag, Basel und Giessen.

Schweizerische Evangelische Allianz (2003): Glauben Christen und Muslime an den gleichen Gott? Interreligiöse Feiern - wie weit dürfen wir gehen? Zu beziehen bei der SEA (Zürich) oder unter [www.each.ch/sea/stellungnahmen](http://www.each.ch/sea/stellungnahmen).

nicht, auch Bibelübersetzungen auf Arabisch bezeichnen Gott mit Allah. Wenn aber der islamische Allah im Koran die Gottessohnschaft von Jesus und seine Kreuzigung leugnet, wie kann es sich dann dabei um den selben Gott handeln, wie jenen, der in Markus 11,1 über Jesus sagt: «Du bist mein geliebter Sohn, der meine ganze Freude ist»? So kommen sowohl Maurer wie auch die SEA zum Schluss, dass es sich beim Allah des Islam und beim Gott der Bibel nicht um den selben Gott handeln kann.

## Muslimen freundlich begegnen

Im persönlichen Kontakt mit Muslimen rät Andreas Maurer zur Freundlichkeit. Dabei dürfe man durchaus mal nachfragen, wo eine Aussage im Koran stehe. Man habe nämlich schon viel erreicht, wenn man einen Muslim zum Nachdenken bringen könne. Dies sei er sich in seinem religiösen Alltag nicht gewohnt. Im Allgemeinen sei es beispielsweise wichtiger den Koran auf Arabisch aufzusagen, als ihn zu verstehen. Muslimen sei grundsätzlich mit der Liebe Gottes zu begegnen.

## Über 4300 Mitglieder

(jb). Das vergangene Jahr war für die EVP ein gutes, wenn nicht sogar ein aussergewöhnliches Jahr. Noch nie zuvor hatten Wahlumfragen einen so hohen Wert für die EVP ergeben: fast 7 Prozent hätten im Juni 2004 EVP gewählt. Ob es nur am selbstbewussten Auftreten der EVP in den letzten Jahren lag oder eine tatsächliche Rückkehr zu christlich geprägten Werten bedeutete, bleibt offen. Die stetig steigenden Mitgliederzahlen lassen jedenfalls auf einen Aufwärtstrend der EVP schliessen: alleine im Jahr 2004 traten 310 Personen der EVP bei. Abzüglich aller Austritte und Todesfälle ergab das einen Zuwachs von 178 auf insgesamt 4288 Mitglieder. Und bereits in den ersten Januartagen des Jahres 2005 konnte die Marke von 4300 Mitgliedern übertroffen werden. Damit hat die EVP in den letzten zwei Jahren ein Mitgliederwachstum von 8.4 Prozent erreicht. Wesentlichen Anteil daran hatte sicher die Gründung der Jungen EVP am 21. August 2004. Seither hat sich der Anteil der Mitglieder unter 30 Jahren von knapp 5 auf 11 Prozent erhöht. Durch die neue Plattform wird jungen Christinnen und Christen die Möglichkeit geboten, sich mit Gleichaltrigen zu vernetzen und sich unter seinesgleichen politisch zu artikulieren. Das ist die beste Nachwuchsförderung. Ebenfalls zum Wachstum beigetragen haben die im 2004 neu gegründeten Sektionen: die Kantonalparteien EVP Kanton Solothurn und PEV du Canton de Vaud, die Anteilspartei Olten-Gösgen und die Ortsgruppen Oberdiessbach, Interlaken, Meikirch, Toffen und Lotzwil. Diese Erfolge hat die EVP dem unermüdlichen und ehrenamtlichen Einsatz vieler Parteimitglieder zu verdanken, die fest davon überzeugt sind, dass auch die politische Arbeit zum Reich Gottes gehört.

# SCHULDEN ABBAUEN

**Neben der Beratung der Bilateralen Verträge II und des Voranschlags 2005 reichen die Vertreter der EVP in der Wintersession zahlreiche Vorstösse ein.**

(nh). Die Wintersession steht im Zeichen der Bilateralen Verträge II, des Budgets 2005, der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten samt flankierender Massnahmen und des Rüstungsprogramms 2005. Daneben finden die Nationalräte der EVP noch Zeit für die Einreichung zahlreicher Vorstösse. So forderte Heiner Studer in einer Interpellation, dass der gesamte Bundesanteil aus der Verteilung der überschüssigen Goldreserven ohne Wenn und Aber für den Schuldenabbau verwendet werde.

### Zivildienst ohne Gewissensprüfung

Weiter will der Aargauer mittels einer Motion erreichen dass die Gewissensprüfung bei der Zulassung zum Zivildienst abgeschafft wird. Der Tatbeweis durch den länger dauernden Zivildienst sei vollkommen ausreichend. Mit dem Verzicht auf das aufwändige Verfahren könnte der Bundeshaushalt jährlich um über 6.6 Millionen Franken entlastet werden. Schliesslich möchte Studer in der Verordnung zum Stammzellenforschungsgesetz verankert ha-

ben, dass die Anzahl verbrauchter Embryonen für jedes Forschungsprojekt veröffentlicht wird.

Ruedi Aeschbacher macht darauf aufmerksam, dass die geltende Verordnung über die Jagdbanngelände nur das Skifahren in diesen Zonen regle, nicht aber die Benützung von Snowboards oder Schneeschuhen.

### Subventionen für den Tabakanbau?

Gleich sieben Vorstösse hat Walter Donzé eingereicht: In der Fragestunde macht Donzé auf die Bedeutung des Zivilschutzes aufmerksam, indem er sich nach den Schutzvorkehrungen im Fall eines Terroranschlags mit einer schmutzigen Bombe erkundigt. Weiter möchte Donzé wissen, ob in den Liq-Shops der Armee neben Bajonetten noch andere gefährliche Gegenstände verkauft werden.

In einer Anfrage macht der Berner Nationalrat weiter auf den Unsinn aufmerksam, einerseits den Tabakanbau zu fördern, andererseits Steuergelder für die Prävention auszugeben. Er fordert Auskunft über Höhe, Herkunft sowie die voraussichtliche Entwicklung der ent-

sprechenden Finanzströme. Auch dem Bundesrat schaut Donzé auf die Finger: in einer Interpellation fragt er die Landesregierung, wie sie die geplante Aufgabenüberprüfung anzugehen gedenke.

Drei weitere Vorstösse hat Donzé schliesslich zusammen mit Verantwortlichen der Polizei erarbeitet: eine Anfrage klärt die Erfahrungen mit der Ein- und Ausgrenzung von Delinquenten, eine zweite fragt nach der Identifikation von Asylbewerbern auf Flughäfen, eine Interpellation möchte schliesslich die zahlreichen Rekursmöglichkeiten von Dauerdelinquenten reduzieren.

Auch in dieser Session geben die EVP-Vertreter bei wichtigen Entscheidungen den Ausschlag: dank den drei EVP-Stimmen verbleibt der Kredit für Präventionsmassnahmen im BAG bei 37.7 Millionen, kann das Bundesamt für Energie wichtige Aufgaben weiterhin wahrnehmen, wird die Entwicklungshilfe nicht gekürzt, werden niedrige Renten begünstigt und für die Hochgeschwindigkeitsanschlüsse der volle Kredit bewilligt.

### Goldene Helvetia für Studer

Für sein Engagement für die Besinnungen unter der Bundeshauskuppel wird Heiner Studer schliesslich die Goldene Helvetia verliehen.

## TERMINE

- 22. Februar 2005 EVP der Schweiz  
Sekretariatskonferenz
- 27. Februar 2005 Kantonale Wahlen AG und SO
- 11. März 2005 EVP der Schweiz, Rütli ZH:  
Zentralvorstand
- 12. März 2005 EVP der Schweiz, Rütli ZH:  
Kadertag
- 23. April 2005 \*jevpe der Schweiz, Ort offen:  
Ordentliche Mitgliederversammlung
- 30. April 2005 EVP der Schweiz, Frauenfeld:  
Ordentliche Delegiertenversammlung
- 5. Juni 2005 Volksabstimmung

## IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)  
12. Jahrgang, Nummer 1, Januar 2005

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

**Herausgeber und Redaktion:**  
EVP der Schweiz, Joel Blunier

**Adressen- und Aboverwaltung:**  
EVP der Schweiz, Werner Rieder

**EVP der Schweiz:**  
Postfach 7334, 8023 Zürich  
Tel. 044 272 71 00, Fax 044 272 14 37  
info@evppev.ch / www.evppev.ch

**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:**  
Dr. Ruedi Aeschbacher, Joel Blunier (Chefredaktion), Walter Donzé, Lisette Hari, Niklaus Hari (Redaktion), Heiner Studer, Martin Voegelin.

**Druck und Vertrieb:**  
Jordi AG, Belp, www.jordibelp.ch

**Copyright:**  
Wiedergabe von Artikeln und Bildern mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

**\*jevп in neuem Kleid**

Rechtzeitig zum Jahreswechsel präsentiert sich der Nachwuchs mit einem neuen Auftritt: auf [www.jevp.ch](http://www.jevp.ch) ist die neu gestaltete Homepage aufgeschaltet. Neu sind vor allem die verbesserte Navigation, die Stimmungsbilder auf jeder Seite und die umfangreicheren Informationen. Besuchen Sie uns auf [jevп.ch](http://jevп.ch)!

**Gründung der Amteipartei Olten-Gösgen**

Am 15. November ist die Amteipartei Olten-Gösgen gegründet worden. Erste Präsidenten dieser EVP-Sektion sind Stephan Hodonou und Tom Mauerhofer.

**Gründung der EVP Oberdiessbach**

Jüngste Ortsgruppe im Kanton Bern ist die am 4. November gegründete EVP Oberdiessbach: erster Präsident ist Hanspeter Schmutz, Leiter des VBG Instituts.

**BUCHTIPP**

**Engagement in einer unfairen Welt**

Eine Veränderung zum Besseren in unserer Gesellschaft? Eine Veränderung in der Welt? Ja, das ist tatsächlich möglich!



Graham Gordons Buch «Das habt ihr mir getan. Engagiertes Christsein in einer unfairen Welt» inspiriert zum aktiven Handeln auf der Grundlage des Evangeliums. Seine These: Aus einer leidenschaftlichen Hingabe zu Gott erwächst eine Leidenschaft für Mission, Diakonie und sozialpolitisches Engagement. Das Buch kann für CHF 26.80 auf dem Sekretariat der EVP der Schweiz ([info@evppev.ch](mailto:info@evppev.ch), 044 271 71 00) bezogen werden.

**BERNER EVP LEGT ZU**

**Die EVP konnte im Kanton Bern im Laufe dieses Wahlherbstes fünf Exekutiv- und drei Legislativmandate hinzugewinnen.**

VON NIKLAUS HARI

Am 28. November haben in zahlreichen Gemeinden im Kanton Bern kommunale Wahlen stattgefunden, wobei die EVP nicht schlecht abgeschnitten hat. Die Resultate im Überblick: in der Stadt Bern wurden die beiden Bisherigen Martin Trachsel und Barbara Streit-Stettler wieder in die Legislative gewählt. Ebenfalls wiedergewählt wurden in Biel Christian Löffel und Paul Blösch. In Ostermundigen wurde die Gemeinderätin Ursula Norton zwar bestätigt, im Grossen Gemeinderat verliert die EVP aber einen Sitz und kommt mit Philippe Gerber, Renate Bolliger, Bruno Schröder (alle bisher) und Rahel Wagner (neu) noch auf vier Mandate. Während im Grossen Gemeinderat Muri Ursula Wenger und Sam Brünnger wiederum aktiv sein dürfen, werden in Zollikofen Roland Stucki, Susanne Weber und Ronny von Siebenthal gewählt. Frischer Wind weht auch in Worb: neben der Bestätigung von Niklaus Gfeller in der Exekutive sowie

Brigitte Gfeller und Harry Suter in der Legislative, wurden mit Alfred Zimmermann und \*jevп-Mitglied Lukas Zimmermann zwei zusätzliche Sitze errungen.

In Burgdorf dürfen Martin Aeschlimann, Thomas Grimm und Therese Hänzli wiederum in der Legislative politisieren, während in Ittigen aufgrund des Verzichts von Lilo Scheuning Lukas Baumgartner in die Exekutive einzieht. Einen schönen Erfolg hat die EVP in Spiez

erzielt: der EVP-Sitz im Gemeinderat konnte mit der Quereinsteigerin Corina Kocher-Maag zurückerobert werden; die drei Mandate in der Legislative wurden mit Ursula Erni-Reusser, Godi Bärtschi (beide bisher) und Andreas Bürki (neu) gehalten, wobei die EVP ihren Stimmenanteil von 8.14 auf 9.24 Prozent steigern konnte. Schliesslich wurde in Urtenen die Bisherige Elisabeth Frei bestätigt, in Meikirch mit Anna Benker gleich auf Anhieb ein Sitz im Gemeinderat erobert und an der Gemeindeversammlung in Brienz Michael Allenbach gewählt. Zusammen mit den Langenthaler Resultaten (akzente berichtete) hat die EVP Kanton Bern in diesem Herbst acht Mandate zugelegt.



Für die EVP in Spiez gewählt: Andreas Bürki, Gemeinderätin Corina Kocher-Maag, Ursula Erni-Reusser und Godi Bärtschi.

**JAHRESZIELE DER GL**

**EHRGEIZIGE ZIELE IM 05**

**Schwerpunkte sind der Parteiaufbau, eine effizientere Verwaltung, eine neue Webseite und mehr Mitglieder.**

(jb). Die Geschäftsleitung der EVP der Schweiz hat an ihrer Klausurtagung Ende November 2004 in Bremgarten AG ihre Ziele und Schwerpunkte für das Jahr 2005 definiert. Im Zentrum stehen sieben Bereiche:

- 1) Nachwuchsförderung (Stärkung der \*jevп),
- 2) Expansion/Parteiaufbau (z. B. Gründung der PEV NE),
- 3) Effizientere Verwaltung (neues Adresssystem),

- 4) Koordination der Finanzmittelbeschaffung,
- 5) Verbesserung der externen und internen Kommunikation (neue Webseite, grafischer Auftritt, Newslettersystem),
- 6) Mitgliederwachstum (5000 Mitglieder bis Ende 05),
- 7) Programmrevision (neues Schwerpunkteprogramm).

Das sind zum Teil ehrgeizige Ziele. Aber wer wagt, gewinnt!

**WETTBEWERB**

**MITGLIEDER WERBEN**

(nh). Noch bis zur ordentlichen Delegiertenversammlung der EVP der Schweiz am 30. April in Frauenfeld läuft der Wettbewerb «Jedes EVP-Mitglied wirbt ein Mitglied»: Jener Person mit den meisten angeworbenen Mitgliedern winkt ein Reisegutschein im Wert von 500 Franken. Alle anderen Werberinnen und Werber nehmen an der Verlosung teil. Zur Zeit führt Hanspeter Schmutz mit fünf geworbenen Mitgliedern vor Lilian Studer. Weitere Informationen unter <http://www.evppev.ch/mitgliederwerbung.pdf>

A.Z.B.  
8023 Zürich

Adressberichtigung melden



## GEBET UND ENGAGEMENT

(jb). Zwischen dem 28. Dezember 2004 und dem 1. Januar 2005 fand in der Messe Basel die christliche Konferenz EXPLO 04 statt. Neben den Plenumsveranstaltungen und Seminaren präsentierten sich 130 christliche Organisationen in der Missionsausstellung, darunter auch die EVP der Schweiz. Hauptattraktion am Stand der EVP war der EXPLO-Wettbewerb, bei dem der neue Slogan der EVP ausgewählt werden konnte. Gegen 1100 Perso-

nen haben ihren favorisierten Slogan mitgeteilt. Die Auswertung ergab ein klares Resultat: über 42 Prozent entschieden sich für «Christliche Werte. Menschliche Politik», knapp 19 Prozent für «MitMenschen. Mittendrin.», je rund 11 Prozent für die bereits früher verwendeten Slogans «Menschen für Menschen», «Mensch vor Macht» und «Gewissen über Interessen». Nur gut 5 Prozent wählten «Wertvolle Politik». Am meisten zu reden gegeben hat

aber sicher der Slogan am Stand der EVP selbst: «Gott anbeten können Sie noch ewig. Sich für Sein Reich einsetzen hingegen nicht.» Der provokative Spruch hat es sogar in die Einleitung der offiziellen EXPLO-Berichterstattung der Basler Zeitung geschafft. Kommentar: «Am Frechtesten sind die Etablierten.» Die Präsenz an der von insgesamt über 10 000 Personen besuchten Konferenz hat sich für die EVP in vielerlei Hinsicht gelohnt.

### EINLADUNG UND ANMELDUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Einladung zur 86. ordentlichen Delegiertenversammlung (DV) der EVP der Schweiz, Samstag, 30. April 2005, 10.00 bis 16.00 Uhr im Rathaus in Frauenfeld.

- TOP 1 Eröffnung der Tagung durch den Zentralpräsidenten
- TOP 2 Besinnliche Einleitung
- TOP 3 Wahl der Stimmzähler (Protokollprüfer)
- TOP 4 Abstimmungsvorlagen vom 5. Juni 2005 (Schengen/Dublin)  
Mittagspause
- TOP 5 Bericht über die politische Lage (Parteipräsident Ruedi Aeschbacher)
- TOP 6 Bericht über das Parteileben (Generalsekretär Joel Blunier)
- TOP 7 Zentralkasse: Jahresrechnung 2004 (Finanzchef Cäsar Schmid)
- TOP 8 Zentralkasse: Voranschlag und Zentralbeitrag 2006
- TOP 9 Schlusswort des Zentralpräsidenten

Allfällige Tagungsunterlagen werden nach der Anmeldung versandt.

Der Zentralpräsident  
Ruedi Aeschbacher

Der Generalsekretär  
Joel Blunier

Ich melde \_\_\_\_\_ (Anzahl) Personen für die DV vom 30. April 2005 inklusive \_\_\_\_\_ (Anzahl) Mittagessen an.

Name, Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse, Nummer: \_\_\_\_\_

PLZ und Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_



picswiss.ch

Bis am 25. April 2005 einsenden an:  
EVP der Schweiz  
Josefstrasse 32  
Postfach 7334  
8023 Zürich  
Telefon 044 272 71 00  
info@evppev.ch